

„Politische Bildung zum Thema Europa muss auch Kontroversen ertragen“

Interview mit Uwe Gartenschläger

Uwe Gartenschläger, stellvertretender Direktor von dvv international, ist Mitglied im Vorstand der European Association for the Education of Adults (EAEA). Er war in seiner beruflichen Tätigkeit für den Deutschen Volkshochschul-Verband auch international tätig, zuletzt für einige Jahre in Usbekistan. Der Slawist spricht fließend Russisch und ist Brückenbauer zahlreicher osteuropäischer Projekte von dvv international (unter anderem Weißrussland und Ukraine).

Das Interview führte Ingrid Schöll.

Hessische Blätter für Volksbildung: Gibt es in Europa Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die in der politischen Bildung sehr aktiv sind?

Uwe Gartenschläger (UG): Bevor wir über diese Frage sprechen, müssen wir Begriffe klären. Der Begriff der politischen Bildung ist ein spezifisch deutscher. Außerhalb Deutschlands spricht man in diesem Zusammenhang mehr von civic education, von active citizenship oder – in Südeuropa – von *éducation populaire*. Mit diesen Begriffen geht aber auch eine Bedeutungsverschiebung einher; denn keiner spiegelt genau das wider, was wir in Deutschland unter politischer Bildung verstehen. In den skandinavischen study circles beispielsweise definiert man das, was wir unter politischer Bildung verstehen, als active citizenship. In den südeuropäischen Ländern steht die *éducation populaire* u. a. für die Inhalte, die wir unter politischer Bildung begreifen. Oft sind dort noch große Bildungsorganisationen tätig, die nicht selten noch in den Gegensätzen „politisch links vs. politisch rechts“ verhaftet sind und die Parteien, Massenorganisationen oder Kirchen verbunden sind. Wenn wir über bürgerschaftliche Bildung in Europa sprechen, müsste man sich daher erst einmal auf einen von allen akzeptierten einheitlichen Begriff, der sicherlich aus dem Selbstverständnis der unterschiedlichen Organisationen und aus deren Geschichte abgeleitet sein muss, verständigen.

Welches sind die Schwerpunkte der Einrichtungen in der politischen Bildung?

UG: In den study circles werden oft die Themen: Kommunales Engagement und übergreifendes politisch-historisches Verständnis aufgegriffen; hier wird aber auch

freizeitorientierte Bildung angeboten. Insgesamt sind die study circles inhaltlich sehr breit aufgestellt.

In der südeuropäischen *éducation populaire* dienen Veranstaltungen der politischen Bildung oft als Unterstützung und Festigung des eigenen Standpunkts. Bekannt sind Veranstaltungen, die etwa im Genossenschaftswesen, in der Gewerkschaftsbewegung oder auch in der katholischen Bildungsbewegung angesiedelt sind. Sie dienen eher der Verstärkung der eigenen „Gesinnungsbildung“ und streben weniger – wie es die deutschen Volkshochschulen von ihrem Selbstverständnis her für sich beanspruchen – weltanschauliche Neutralität an. Dabei muss man durchaus feststellen, dass die EU-Förderprogramme – Workshops, Mobilitätsaktivitäten oder Netzwerkbildung durch EU-Projekte – dazu beigetragen haben, eine verstärkte thematische Auseinandersetzung mit europäischen Themen zu initiieren, ja dieses Thema in der Bildungsarbeit oftmals erst zu setzen. Dies geschieht gerade in den Teilen Europas, in denen die EU-Finanzierung besonders wichtig ist – das heißt im Osten und im Süden Europas. Gäbe es die EU-Austauschprogramme nicht, dann würde diese Arbeit – so vermute ich – gänzlich unterbleiben. Keine der Organisationen wäre dann in der Lage, sie zumindest in dieser Intensität zu betreiben. Lassen Sie mich beispielhaft drei Themenschwerpunkte aus EU-Programmen nennen: Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung in unterschiedlichen europäischen Ländern; wie stellt sich Europa für soziale Randgruppen, etwa obdachlose Menschen dar; welche Formen des interreligiösen Dialogs benötigen wir in Europa, um auch politische Stabilität zu garantieren.

Im Kleinen hat die politische Bildung durch die EU-Förderprogramme hier in den letzten Jahren viel erreicht. Man darf es nicht überschätzen, muss aber immer bedenken, dass ohne eine solche Unterstützung sehr wenig passiert wäre.

Was ist der Grund für Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Europa, auf dem Feld der politischen Bildung gar nichts zu tun?

UG: Der Megatrend in Europa heißt Employability. Die politische Bildung ist – neben der kulturellen Bildung – momentan durchaus ein „Opfer“ dieser Entwicklung, denn große Fördermaßnahmen der EU konzentrieren sich seit geraumer Zeit ausschließlich auf die Herstellung und Sicherung der Berufsfähigkeit, in der Sprache der Europäischen Union „employability“ genannt. Wir müssen uns aber auch kritisch fragen, ob es in einigen Mitgliedsländern und/oder Mitgliedsorganisationen möglicherweise auch ein geringeres Interesse an Fragen der politischen Bildung gibt. Vielleicht erreichen wir mit den alten, tradierten Formen, die die politische Bildung lange kennzeichneten, nicht mehr jeden. Unser Seminarraum zentriertes Verständnis von Bildung, und das heißt auch von politischer Bildung, spricht längst nicht mehr jeden an. Unsere Formensprache muss wahrscheinlich kreativer und moderner werden. Die jungen sozialen Bewegungen in Europa und außerhalb zeigen uns, wann sich Menschen wie vernetzen und für was sie sich engagieren. Wir sollten daraus lernen, und wir müssen, davon bin ich überzeugt, Formen und Inhalte des tradierten politischen Bildungsverständnisses überprüfen.

Welche Felder der politischen Bildung sind für dvv international besonders wichtig?

UG: Allen voran möchte ich hier das „Globale Lernen“ nennen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband – vertreten durch das Institut für Internationale Zusammenarbeit, dvv international – führt seit über 30 Jahren mit mittlerweile über 200 Volkshochschulen Seminare zum globalen Lernen durch, insbesondere für junge Menschen und für die Zielgruppe 50 plus. Anfangs musste in den Volkshochschulen Überzeugungsarbeit für diesen Themenschwerpunkt geleistet werden. Doch das hat sich mittlerweile geändert. „Globales Lernen“ ist Bestandteil vieler Aktivitäten der Volkshochschulen, nicht nur im Bereich der politischen Bildung.

Aus unserer Projektarbeit möchte ich weitere Themenfelder nennen, die sich vordringlich mit dem Schwerpunkt „Versöhnung und Frieden“ befassen.

So hatte ein türkisch-armenisches Projekt, das über das Auswärtige Amt finanziert wurde, den Dialog über die gemeinsame Geschichte von Türken und Armeniern zum Schwerpunkt. Junge Leute suchten und suchen – nach einer langen Phase des Misstrauens und der Sprachlosigkeit zwischen beiden Ländern – die Aussöhnung über die Befassung mit der Geschichte und über das gemeinsame Gespräch über die Vergangenheit. Dabei steht ausdrücklich nicht der Massenmord an den Armeniern am Ende des Ersten Weltkriegs im Mittelpunkt.

Ähnliche Projekte – ebenfalls zum Thema „Versöhnung und Frieden“ – haben wir auch auf dem Balkan durchgeführt. Dabei haben wir auf die Methoden, die die politische Bildung für eine solche Aufarbeitung einer konfliktreichen Vergangenheit hat, zurückgegriffen. Dies sind unter anderem: Oral history, Zeitzeugen-Gespräche, Gedenkstättenarbeit, Geschichtswerkstätten. Diese Methoden, so meine Erfahrung, entstammen alle der langen, fruchtbaren Tradition der politischen Bildung im Nachkriegsdeutschland. Sie wurden bei uns entwickelt und erprobt und sie helfen uns heute im Rahmen unserer Arbeit in Konfliktgebieten. Dort sind diese Methoden häufig nicht bekannt.

Ein weiteres Beispiel entstammt unserer Arbeit in Lateinamerika. Auch hier ist dvv international aktiv. Schwerpunkte der politischen Bildung dort sind zumeist Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität. So fokussiert sich der Verband der Erwachsenenbildung in Lateinamerika momentan u. a. auf die Felder Solidarische Ökonomie und auf die Fragen der Teilhabe indigener Bevölkerungsgruppen.

Welche Felder der politischen Bildung sind auf europäischer Ebene – etwa im Kontext der EAEA (European Association for the Education of Adults; Europäischer Verband für Erwachsenenbildung) – besonders wichtig?

UG: In der EAEA sind (leider) besonders die Länder Nord-, West- und Mitteleuropas engagiert vertreten. Dies schlägt sich auch bei der Betrachtung der Aktivitäten nieder:

- a) Active citizenship: Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, sich auf allen Ebenen an politischen Prozessen zu beteiligen – von der Kommune bis hin zu Europa.

- b) Diversity education: Dies beinhaltet eine zunehmend bessere Verständigung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (ethnische Diversität, Diversität zwischen den Generationen etc.)

Daneben haben wir einen Prozess der Reflexion darüber begonnen, was Erwachsenenbildung in Zeiten der Krise bedeutet – und meinen hier ausdrücklich nicht nur die berufsorientierte Bildung.

Gibt es Themen, die auf europäischer Ebene gemeinsam behandelt werden sollten?

UG: Eindeutig ja. Es ist das Thema der europäischen Solidarität. Wir machen uns große Sorgen um den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft. Eine zentrale Aufgabe der EAEA für die nähere Zukunft wird es sein, hier Impulse seitens der Erwachsenenbildung zu setzen. Der Bürgerdialog, ein Projekt des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, wird nicht von allen Akteuren der politischen Bildung geschätzt. Gleichwohl ist er aber ein gutes Beispiel, wie ein Gespräch über Europas Zukunft aktiv gestaltet werden kann und wie ein offener Diskurs initiiert werden kann. Politische Bildung zum Thema Europa muss auch Kontroversen ertragen, sie darf sich nicht auf PR-Maßnahmen beschränken, die deutlich machen wollen, „wie toll Europa doch eigentlich ist“.

Wären solche Projekte finanzierbar, wenn ja, über wen?

UG: Dies ist eine schwierige, aber sehr wichtige Frage. Und hier gibt es zudem noch eine Besonderheit. Fragen der europäischen Bürgerkommunikation sind in der Europäischen Union nicht bei der Generaldirektion (GD) „Education and Culture“, sondern bei der GD Communication angesiedelt. Die GD Communication hat zwei Schwerpunkte: a) Information der Bürger über ihre Rechte und b) Öffentlichkeitsarbeit zu und über Europa. Dies führt leider zu der von uns immer wieder beklagten Einwegkommunikation und PR-Mentalität.

Natürlich können kleinere Projekte der politischen Bildung zu und über Europa im Einzelfall über Grundtvig finanziert werden. Das sind aber nur marginale Lösungen, ohne große Öffentlichkeitswirkung. Grundsätzlich müsste hier eine andere Form der europäischen Bürgerkommunikation, unter Einbeziehung der Erfahrung und der Möglichkeiten der Erwachsenenbildung, gefunden werden.

Wer sind die Verbündeten für Themen der politischen Bildung auf europäischer Ebene?

UG: dvv international ist über die EAEA bestens vernetzt. Ich nenne beispielhaft nur die folgenden Organisationen als die wichtigsten:

- DARE (Democracy and Human Rights Education in Europe: www.dare-network.eu)
- EUCIS/LLL (European Civil Society Platform on Lifelong Learning; www.eucis-lll.eu)

- ENOP (European Network of Political Foundations; www.european-network-of-political-foundations.eu).

Auch die Europaparlamentarier – und insbesondere die Vorsitzende des Bildungsausschusses Doris Pack – sind wirkmächtige Verbündete für unsere Arbeit. Mit dem Europäischen Parlament arbeiten wir momentan sogar besser zusammen als mit der Kommission. Als Beleg dafür nur ein Satz. Ein leitender Mitarbeiter der DG Education and Culture sagte neulich während einer Diskussionsveranstaltung mit dem Europäischen Netzwerk für Lebenslanges Lernen EUCIS LLL: „Active citizenship does not create any jobs“.

Das fasst den Mainstream in der Kommission sehr gut zusammen und zeigt auf, welche Aufgaben und Herausforderungen vor uns liegen.

Herzlichen Dank für das Gespräch!